

Demokratie



„Niemand wird als guter Staatsbürger oder gute Staatsbürgerin geboren, keine Nation wird als Demokratie geboren. Vielmehr sind beide lebenslange Entwicklungsprozesse. Junge Menschen müssen von Geburt an einbezogen werden.“⁸
Kofi Annan

Demokratie beschreibt ein System, nach dem für eine Gruppe von Menschen Regeln aufgestellt werden. Der Begriff kommt aus dem Griechischen: *Demos* bedeutet Volk und *kratos* bedeutet Macht. Dementsprechend wird Demokratie oft als „Regierung des Volkes“ definiert, mit anderen Worten: ein Regelsystem, aufgestellt von denen, die diese Regeln befolgen müssen. Kann so ein System bestehen und ist es eine gute Art, Entscheidungen zu treffen? Wie kam es zu einer solchen Idee und warum gilt dieses System heute – zumindest bei den meisten Menschen und den meisten Ländern der Welt – als das einzige, das unsere Beachtung verdient? Ist es wirklich sinnvoll, wenn alle regieren?

Warum Demokratie?

Der Idee der Demokratie liegen zwei Prinzipien zugrunde, die ihren Reiz erklären können:

1. Das Prinzip der *Autonomie des Einzelnen*: Niemand muss Regeln befolgen, die ihm/ihr von anderen aufgezwungen wurden.
2. Das Prinzip der *Gleichheit*: Alle sollten die gleichen Einflussmöglichkeiten auf Menschen und Gesellschaft betreffende Entscheidungen haben.

Die Demokratie ist das einzige Regierungssystem, das, zumindest theoretisch, beide intuitiv ansprechenden Prinzipien als grundlegend anerkennt. Andere Systeme wie Oligarchie, Plutokratie oder Diktatur verstoßen in der Regel gegen beide Prinzipien: Sie geben die Macht in die Hände eines bestimmten (gleich bleibenden) Sektors der Gesellschaft und von dort aus werden dann für den Rest der Bevölkerung die Entscheidungen getroffen. Dabei werden weder Gleichheit noch Autonomie des Einzelnen respektiert.

Die zwei genannten Prinzipien liefern die moralische Rechtfertigung für die Demokratie und in der Tat sind beide erkennbar wichtige Menschenrechtsprinzipien. Doch auch pragmatische Gründe werden oft zur Rechtfertigung eines demokratischen Regierungssystems angeführt.

1. Oft wird gesagt, dass ein demokratisches System eine effizientere Regierungsform sei, weil die Regierungsentscheidungen vom Volk mit größerer Wahrscheinlichkeit respektiert würden. Normalerweise brechen die Menschen nicht ihre „eigenen“ Regeln.
2. Die Akzeptanz bei der Bevölkerung ist auch deshalb größer, weil Entscheidungen im Konsensverfahren zwischen verschiedenen Fraktionen getroffen werden; die Regeln würden nicht funktionieren, wenn sie für große Teile der Bevölkerung inakzeptabel wären. Somit unterliegen die Gesetze einer internen Kontrolle, die eine demokratische Regierung ins Kalkül ziehen sollte.

Zugehörige Aktivitäten

- Gewerkschaftsversammlung, Seite 149
- Netzwerke bilden, Seite 192
- Wählen oder nicht wählen? Seite 231
- Wahlkampfstrategie, Seite 237

3. Ein demokratisches System wird außerdem eher Eigeninitiative unterstützen und kann daher besser auf sich verändernde Bedingungen reagieren, nach dem Prinzip „zwei Köpfe sind besser als einer“.

„Eine Stimme ist stärker als ein Schuss.“
Abraham Lincoln

? Betrachten Sie die Regeln Ihres Landes als die eigenen? Was sind mögliche Gründe für Ihr Empfinden?

Eine gute Theorie ...

In der Praxis kann natürlich nicht erwartet werden, dass jedes Mitglied der Gesellschaft einen Beitrag zu den Entscheidungsprozessen leistet, zumal das auch gar nicht alle wollen. Daher haben viele Länder ein System, in dem die Bürger/innen Repräsentant/innen (Abgeordnete) wählen, die an ihrer statt die Entscheidungen treffen sollen: *repräsentative* statt *direkte* Demokratie. Theoretisch haben alle Bürger/innen die gleichen Möglichkeiten, die Personen zu wählen, die ihrer Meinung nach ihre Interessen am besten vertreten. So gesehen wird das Prinzip der Gleichheit beachtet.

Das war nicht immer so: Zur Zeit der Geburt der Demokratie, im antiken Griechenland, durften Frauen und Sklaven nicht wählen, ebenso wenig natürlich Kinder. Heute haben Frauen in den meisten Ländern der Welt das Wahlrecht, aber es ist noch nicht lange her, dass dieser Kampf gewonnen wurde.

Andere Teile der Gesellschaft, darunter oft Einwanderer/innen, Häftlinge, Kinder, haben kein Wahlrecht, obwohl sie die Gesetze des Landes einhalten müssen.

? Ist es überhaupt je zu rechtfertigen, bestimmte Teile der Gesellschaft vom demokratischen Prozess auszuschließen?

Kontrolle über die Gesetzgebung

Wenn das Prinzip der Gleichheit heute mehr oder weniger beachtet wird, zumindest soweit es um Wahlen geht, wie ist es dann in der Demokratie um das erste Prinzip bestellt, das der Autonomie? In welchem Maße empfinden sich die Menschen in diesen Gesellschaften als „Eigentümer“ der Gesetze, die ihre Repräsentant/innen gemacht haben? Die Antwort ist bei weitem nicht so ermutigend. Tatsächlich sagen die meisten Menschen in vielen Demokratien der Welt, dass ihnen von Regierenden, die nicht ihre Interessen vertreten, die Gesetze des Landes „aufgezwungen“ werden. Ist also folglich das erste Prinzip verloren gegangen?

? Können die Menschen in einer repräsentativen Demokratie Entscheidungen, die in ihrem Namen getroffen werden, wirklich beeinflussen?

In einer repräsentativen Demokratie können Menschen auf verschiedene Art und Weise eine gewisse Kontrolle über den Gesetzgebungsprozess ausüben. Betrachten wir ein weiteres Mal den Idealfall, selbst wenn er in vielen Ländern nicht unbedingt die politische Situation exakt wiedergibt. Zumindest hilft es uns, die wunden Punkte zu erkennen und wie sie eventuell überwunden werden können.

- I. Bürger/innen beeinflussen den Gesetzgebungsprozess, weil sie die Menschen wählen, die die Gesetze machen: Theoretisch wählen Bürger/innen bei Wahlen zwischen verschiedenen möglichen Vertreter/innen ihrer Interessen. Sie können diejenigen wählen, deren Standpunkte ihren eigenen Interessen am nächsten kommen.

„Ein zweifaches Hoch auf die Demokratie: einmal hoch, weil sie die Vielfalt zulässt, und noch einmal hoch, weil sie Kritik erlaubt. Zweimal hoch ist genug: Für ein drittes Hoch besteht kein Anlass.“
E. M. Forster

2. Politiker/innen haben ein Interesse daran, wieder gewählt zu werden. In dem Zeitraum zwischen den Wahlen wissen die Gesetzgeber, dass sie bei der nächsten Wahl an ihrer Leistung gemessen werden und daher möglichst keine Gesetze erlassen sollten, die für das Volk offensichtlich inakzeptabel sind. Dies ist eine Form der stillschweigenden Kontrolle.
3. Im Prinzip gibt es hinreichende Möglichkeiten für Bürger/innen, ihren Unmut über eine Politik oder bestimmte Gesetze zum Ausdruck zu bringen und so ihren Repräsentant/innen zu signalisieren, dass sie hier auf Bedenken stoßen.
4. Bürger/innen können versuchen, Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen, indem sie – vermittelt durch NGOs oder andere Interessengruppen und Beratungsorgane – mit Repräsentant/innen sprechen.
5. Darüber hinaus steht es allen frei, sich selbst zur Wahl zu stellen, wenn sie der Meinung sind, keine/r der Kandidat/innen sei in der Lage, ihre Interessen zu vertreten.

Freie und gleiche Wahlen – Mittel zum Zweck

„Der Wille des Volkes bildet die Grundlage für die Autorität der öffentlichen Gewalt; dieser Wille muss durch wiederkehrende, echte, allgemeine und gleiche Wahlen zum Ausdruck kommen, die mit geheimer Stimmabgabe oder mit einem gleichwertigen freien Wahlverfahren stattfinden.“
Artikel 21, Absatz (3), AEMR

Wahlen sind eine Methode, die Gesetzgebung zu kontrollieren, und diese Kontrolle funktioniert, zumindest theoretisch, weil Politiker/innen bei allem, was sie tun, Rücksicht auf ihre Wählerschaft nehmen wollen oder müssen. Die Methode erfordert eindeutig freie und gleiche Wahlen wie auch das Wissen der Politiker/innen, dass sie von der Wählerschaft zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie sich über deren Interessen hinwegsetzen. Kein/e Politiker/in hat irgendeinen Anlass, andere als die eigenen Interessen zu vertreten, es sei denn, er/sie muss fürchten, von den Wähler/innen abgewählt zu werden. Ob das System funktioniert, hängt von diesem Wissen ab, im Endeffekt also davon, ob Wähler/innen diese Sanktion von Zeit zu Zeit anwenden oder zumindest den Anschein erwecken, dass sie es tun könnten.

„Wahlen“ lassen sich also ziemlich leicht in ein politisches System einführen, ohne dass dieses dadurch notwendigerweise wirklich demokratisch wird. Strukturelle Wahlen sind nur dann ein Beitrag zu einem demokratischen System, wenn die Wähler/innen sie nutzen, um ihre Abgeordneten zur Rechenschaft zu ziehen. Eine verbreitete Wahlmüdigkeit in den meisten demokratischen Ländern zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellt die Wirksamkeit dieses Kontrollsystems zur Disposition.

Außerdem stellt sie die Legitimität der so genannten demokratisch gewählten Regierungen in Frage, die in manchen Fällen von einer Minderheit der Wahlberechtigten gewählt wurden.

Wahlen und Wahlmüdigkeit

„Stockholm, 17. Mai (IPS) – Die Wahlmüdigkeit dämpfte die Feiern nach den allerersten Parlamentswahlen für das indigene schwedische Rentierhirten-Volk, die Samen ... die Wahlbeteiligung bei der ersten Wahl am Sonntag war niedrig, nur 50% der 12.000 Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab.“ *InterPress Third World News Agency (IPS), 1993*

„Die für den 17. Dezember angesetzte Wahl zur Stadtduma von Wladiwostok hat bereits schwere Rückschläge erlitten, als 12 Kandidaten aufgrund der mangelnden Wahlbeteiligung in den vorangegangenen Wahlen ihre Nominierung zurückzogen.“ *Wladiwostok, Tageszeitung, 29. November 2000*

„Auch wenn die Wahlergebnisse für einen Linksruck sprechen, ist für die politische Atmosphäre in Rumänien dennoch die Zahl der Nichtwähler kennzeichnender. Die Wahlbeteiligung lag mit nur 44,5% (1996: 56,4%) auf dem niedrigsten Stand aller Zeiten.“ *Central Europe Review, 12. Juni 2000*

„Die Wahlbeteiligung bei den allgemeinen Wahlen in Großbritannien fiel auf den niedrigsten Stand seit 80 Jahren. Nur etwa 60% der Wählerschaft hielten es für nötig, ihre Stimme abzugeben. Zu den Wahlbezirken mit der niedrigsten Wahlbeteiligung gehörte Liverpool Riverside mit 34,1%. Im Landesdurchschnitt blieben die 18- bis 24-jährigen am häufigsten zu Hause.“ *BBC, 9. Juni 2001*

„Während die Wahlbeteiligung an den slowakischen Parlamentswahlen insgesamt über 70% lag, betrug sie bei den 18- bis 25-jährigen Wahlberechtigten nur 20%.“ *Rock volieb, 1998*

Demokratierealitäten

Es gibt so viele verschiedene Formen von Demokratie, wie es demokratische Nationen gibt. Keine zwei Systeme sind genau gleich und kein System kann als „Vorbild“ für die Demokratie dienen. Es gibt Präsidential- und parlamentarische Demokratien; föderative, föderalistische und einheitliche Demokratien; Demokratien, die ständig Volksabstimmungen durchführen, solche, die mehr oder weniger Konsultationen mit Organisationen außerhalb vorsehen; Demokratien mit Verhältniswahl, solche mit Mehrheitswahl – und solche mit einer Kombination aus beidem.

Jedes dieser Systeme kann von sich behaupten, „demokratisch“ zu sein, und zwar aufgrund der Tatsache, dass sie zumindest nominell auf den zwei oben genannten Prinzipien beruhen: der Gleichheit aller Bürger/innen und dem Recht jedes Einzelnen auf ein gewisses Maß an persönlicher Autonomie. Die Ansicht, „Autonomie“ bedeute, dass alle tun und lassen können, was sie wollen, ist eindeutig falsch, doch indem das System allen Bürger/innen gleiches Stimmrecht zubilligt, wird zumindest anerkannt, dass jede/r Einzelne in der Lage ist, eine unabhängige Wahl zu treffen, und Anspruch darauf hat, dass die eigene Stimme zählt. Was danach kommt, hängt von den Bürger/innen ab.

Doch auch wenn fast jede Nation der Welt von sich behauptet, „demokratisch“ zu sein, besteht kein Zweifel daran, dass jedes derzeit existierende demokratische System durchaus zu mehr Demokratie in der Lage wäre, als es im Augenblick zulässt, und dass jedes von ihnen dieses unbestreitbar nötig hätte.

Probleme mit der Demokratie

Der Zustand der Demokratie zu Beginn des 21. Jahrhunderts gibt praktisch überall Anlass zur Sorge. Ein großer Teil dieser Sorge geht auf die niedrigen Wahlbeteiligungen zurück, die auf Desinteresse und mangelnde Bürger/innenbeteiligung hinzudeuten scheinen und die den demokratischen Prozess wie weiter oben beschrieben unterminieren.

Dies ist zweifellos ein Problem, doch zeigen wiederum andere Untersuchungen eine Zunahme der Partizipation in anderer Form – zum Beispiel durch Interessengruppen, Bürgerinitiativen, Beratungsgremien usw. Diese Partizipationsformen sind mindestens ebenso wichtig für die Funktion von Demokratie wie die Wahlbeteiligung, wenn nicht noch wichtiger. Mit Wahlen lässt sich letztlich nur auf schwerfällige Art sicherstellen, dass die Interessen des Volkes korrekt vertreten werden, und die vier oder fünf Jahre, die eine normale Wahlperiode darstellen, sind eine lange Wartezeit, um die Regierung zur Rechenschaft zu ziehen. Menschen haben ein kurzes Gedächtnis!

Zwei weitere Probleme sind mit dem Begriff der repräsentativen Demokratie noch stärker verquickt, sie betreffen die Interessen von Minderheiten. Das erste Problem ist, dass Minderheiteninteressen durch das Wahlsystem nicht repräsentiert werden, wenn z. B. eine Minderheit zahlenmäßig zu klein ist, um genügend Stimmen aufzubringen, oder, was vielleicht häufiger vorkommt, die Wahlsysteme so beschaffen sind, dass nur der Wahlsieger in die Regierung einzieht. Das zweite Problem ist, dass selbst wenn sie im Gesetzgebungsorgan vertreten sind, ihre Abgeordneten zahlenmäßig unterlegen und daher nicht in der Lage sind, genügend Stimmen auf sich zu vereinigen, um die Vertreter/innen der Mehrheit zu überstimmen. Aus diesen Gründen wird Demokratie oft als „Herrschaft der Majorität“ bezeichnet.

Die Demokratie selbst kann das zweite Problem nicht zuverlässig lösen. Es ist ohne weiteres vorstellbar – und unzählige Male geschehen –, dass die Mehrheit Entscheidungen zulässt, die der Minderheit schaden. Dass es sich dabei um „Volkes Wille“ handelt, ist keine Rechtfertigung für solche Entscheidungen. Die grundlegenden Interessen von Minderheiten wie Mehrheiten können nur durch ein Festhalten an menschenrechtlichen Prinzipien geschützt werden, bestärkt durch einen wirksamen gesetzlichen Mechanismus – ungeachtet des Willens der Mehrheit.

Wichtiges Datum

10. Dezember

Tag der Menschenrechte

„In Nordirland diskutieren wir zur Zeit über eine neue Bill of Rights. Die Rechte in dieser Bill of Rights möchte ich mit dem Leben der Jugendlichen in unserem Jugendclub verknüpfen.“
Tara Kinney, Nordirisches Jugendforum,
Teilnehmerin am Forum Menschenrechtsbildung 2000

„Demokratie ist die Theorie, dass das gemeine Volk weiß, was es will, und nichts Besseres verdient.“
H. L. Mencken

Wir kämpfen für:

Freiheit und Menschenrechte, damit jeder Einzelne, Frau und Mann, volle politische Rechte hat und nicht aufgrund von Klasse, Kaste, Geschlecht, Religion oder ethnischer Zugehörigkeit diskriminiert wird.

Gleichheit und gegen jede Form von Unterscheidung zwischen Einzelnen; für soziale Gerechtigkeit, für Gleichheit zwischen den Geschlechtern, für Chancengleichheit und gleichen Zugang zu Wissen.

Demokratie auf der Grundlage von Freiheit und Gleichheit, gegen Autoritarismus, Populismus und Diktatur, für das Recht auf Selbstbestimmung, für Freiheit und Redefreiheit für alle Völker.

Weltweite Solidarität, weil wir an die Möglichkeit gemeinsamen Handelns zur Befreiung der Individuen glauben.

Politische Problemlösungen, weil wir an die Fähigkeit des Menschen glauben, die Welt zu verändern.



· **Websites**

- *Forum Menschenrechte:* www.forum-menschenrechte.de
- *International Institute for Democracy:* www.iidemocracy.coe.int
- *Interparlamentarische Union:* www.ipu.org
- *Politeia Network for Citizenship and Democracy in Europe:* www.politeia.net
- *Bundeszentrale für politische Bildung:* www.bpb.de
- *Programm der Bund-Länder Kommission „Demokratie Lernen & Leben“:* www.blk-demokratie.de
- *Humanistische Union:* www.humanistische-union.de
- *Nürnberger Menschenrechtszentrum:* www.menschenrechte.org
- *Internetportal Dadalos:* www.dadalos.org